

www.linksjugend-dresden.de

HER MIT DEM SCHÖNEN DRESDEN

JUGENDKOMMUNALWAHLPROGRAMM



Wir können anders, weil wir anders sind.



Inhalt

Präambel	4
1. Bildung, wie sie sein sollte	4
<i>Bildungspolitik im kommunalen Rahmen</i>	5
2. Für ein wirklich soziales Dresden mit allen Dresdner_innen	7
<i>Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für Dresden</i>	7
<i>Städtische Wirtschaftsförderung muss Mindestlohn garantieren</i>	8
<i>Für ein Umdenken in der Flüchtlings- und Asylpolitik</i>	8
<i>Für eine emanzipatorische und selbstbestimmte Drogenpolitik</i>	9
3. Antifaschismus als Grundpfeiler kommunaler Politik	11
<i>Gegen jeden Geschichtsrevisionismus und den Mythos der „unschuldigen Stadt“</i>	12
4. Freiräume schaffen für eine emanzipatorische Gesellschaft	13
<i>Gentrifizierung und Stadtteilpolitik in Dresden – Oder: Eine Stadt für Alle!</i>	14
<i>Zivilcourage statt Überwachung des öffentlichen Raums</i>	15
<i>Urbane Freiräume</i>	16
<i>Petunie war gestern – Obst und Gemüse für alle!</i>	17
5. Mobilität für eine Jugend in Bewegung	17
6. Ein Stück vom Kuchen für jede_n – Gemeingüter stärken	18
<i>Für eine Stärkung der Gemeingüter</i>	19
<i>Netz für alle – kostenloses WLAN ausbauen</i>	19
7. Fleischlos glücklich?! Vegetarische Ernährung	20
8. Mehr Demokratie, aber wie? – Für eine Demokratisierung Dresdens	20
<i>Mitbestimmungsmöglichkeiten für Dresdner_innen – Open Data und Bürgerhaushalt</i>	21
<i>Für eine offene und transparente Verwaltung</i>	21

Wir können anders, weil wir anders sind.

Wir – das ist der etwas andere Jugendverband in Dresden. Wir, das ist die linksjugend [solid] Dresden. Wir sind anders! Wir sind der parteinahe aber unabhängige Jugendverband der Partei DIE LINKE. Dresden. Wir – das sind viele junge Menschen, die sich zusammen finden, weil sie eine Vorstellung von einem anderen Leben haben. Und wir wollen diese Vorstellung in unserem täglichen Leben umsetzen – also in der Stadt, in der wir wohnen: Dresden.

Deswegen haben wir uns Gedanken gemacht, wie das bessere Leben aussehen kann und was dafür an Veränderungen nötig wäre. Wir haben uns weitergebildet, haben diskutiert und am Ende Entscheidungen getroffen – das Ergebnis haltet ihr jetzt in den Händen. Unser Jugendkommunalwahlprogramm soll vor allem den jungen Menschen in dieser Stadt zeigen, dass Veränderungen möglich sind, dass ein besseres Dresden auf sie wartet und dass es Zeit wird, es sich zu holen.

Wir finden in Dresden ist noch viel Luft nach oben. Oberbürgermeister_in, Stadtverwaltung und Mehrheitsfraktionen im Stadtrat haben sich über mittlerweile Jahrzehnte unter einer dicken Schicht von Verkrustungen und Staub im immer gleichen Leben eingeknistet. Nichts

geht voran, Vieles bleibt liegen oder wird erst dann angegangen, wenn der Mangel allzu offensichtlich ist. Dabei ist Dresden in seiner Bevölkerungsstruktur eine der jüngeren und dynamischeren Städte Deutschlands, vor allem Ostdeutschlands. Durch die anhaltende Verstädterung, ausgelöst durch Wirtschaftskonzentration in großstädtischen Zentren, Bildungswanderung hin zu Universitäten und einem breitem Angebot an Ausbildungsplätzen, sowie die Attraktivität großstädtischer (sub-)kultureller Angebote kommen immer wieder junge Menschen aus ganz Deutschland und aller Welt in diese Stadt. Allein, sie finden hier weder eine Willkommenskultur noch eine Politik, ausgerichtet nach den Bedürfnissen einer jungen Generation vor. Das wollen wir ändern!

Wenn wir sagen, wir können anders, dann meinen wir vor allem: Dresden muss solidarischer, gerechter, demokratischer und antifaschistischer werden. Wie wir das erreichen wollen, haben wir in diesem Jugendkommunalwahlprogramm aufgeschrieben.

Wir wollen mit euch zusammen für ein anderes, besseres Dresden kämpfen. Weil es auch anders gehen muss!

1. Bildung, wie sie sein sollte

Bildung ist ein Menschenrecht. Dies ist der leitende Grundsatz, den auch wir in unseren bildungspolitischen Vorstellungen für Dresden als erste Leitlinie mitdenken wollen. Dies

bedeutet, dass jegliche Maßnahmen kommunaler Bildungspolitik den Anspruch der Inklusion mitdenken müssen.

Kommunale Bildungspolitik beschränkt sich in weiten Teilen auf Infrastruktur und Ausstattung. Gerade hier in Dresden hat es jahrelang Tiefschlaf in der Stadtverwaltung gegeben, der zu einem Investitionsstau sondergleichen und einer miserablen Lernsituation für viele Schüler_innen in der Stadt geführt hat.

Bildungspolitik im kommunalen Rahmen

Wir fordern ein Schulsystem, das nicht auf Auslese setzt sondern eines, in dem sich Schüler_innen altersübergreifend gegenseitig helfen und fördern können. Dazu benötigt es ebenso genügend Lehrer_innen- und Pädagog_innenstellen. Wir sind für eine möglichst niedrige Klassenstärke, denn nur so ist eine individuelle Förderung der Schüler_innen möglich und „leistungsschwächere“ Schüler_innen können optimal gefördert werden. Wir setzen auf Gemeinschafts- und Ganztagschulen bis zur 10. Klasse und erst danach auf weiterführende Schultypen für höhere Bildungsabschlüsse. Längeres gemeinsames Lernen hilft soziale und finanzielle Unterschiede auszugleichen und ermöglicht gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen.

Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Wir sind daher für kostenfreie Bildung von

der Krippe bis zum Studium bzw. der Berufsausbildung. Wir lehnen Privatschulen (mit Schulgeld) ab und sind für die Übernahme alternativer Schul- und Lernkonzepte an staatlichen Schulen, die unseren Forderungen entsprechen. Außerdem streiten wir für eine kostenfreie Versorgung mit warmen und gesunden Mittagessen.

Doch all das lässt sich nur durch Veränderungen vor allem auf Landesebene erreichen. Und auch in der Dresdner Kommunalpolitik muss sich in bildungspolitischen Fragen einiges ändern:

Wir teilen die Kritikpunkte am Schulnetzplan Seitens des Kreiselterrates Dresden, des Stadtschülerrates Dresden, des Aktionsbündnisses Macht?Schule.Bildung!, der Ortsbeiräte Dresdens und der Fraktion DIE LINKE. im Dresdner Stadtrat. Wir fordern daher für Dresden Infrastruktur, Außenanlagen und Gebäude, die auch hohen Standards genügen, sowie genügend Lehrer_innen, die der individuellen Förderung von Schüler_innen gerecht werden. Dies beinhaltet auch ausreichende Räumlichkeiten für Hort- und Ganztagesangebote. Momentan teilen sich mehrere Klassen und Klassenzüge einen Hortraum. Insbesondere die Lautstärke ist bei einer solchen Auslastung ein großes Problem, denn diese verursacht in hohem Maße Stress bei den Kindern und Erwachsenen. Wir fordern daher zwei Horträume

in Einzelnutzung pro Klassenzug. Außerdem sprechen wir uns gegen zu lange Schulwege zwischen den Bildungseinrichtungen und gegen Lerncontainer als Dauereinrichtung aus. Container dürfen nur eine befristete Übergangsvariante sein.

Familien, welche nach Dresden ziehen oder auch innerhalb von Dresden ihren Wohnort wechseln, finden nur schwer einen Schulplatz und müssen manchmal Wege durch die ganze Stadt für einen freien Schulplatz zurücklegen. Eine ähnliche Situation gibt es im Bereich der Kindergärten und Kinderkrippen.

Angeichts der steigenden Schüler_innen- und Geburtenzahlen muss Dresden einen engagierten Neubau von Kitas und Schulen angehen sowie den Sanierungsstau auflösen. Dazu wird neben dem politischen Willen vor allem genug Geld zur Finanzierung gebraucht. Da eine Abarbeitung der ursprünglichen Prioritätenliste für Sanierungen im Grunde genommen nicht erfolgt, ist die Prioritätenliste nach Verabschiedung des Schulnetzplanes¹ (unter der Nutzung der alten Liste) neu zu überarbeiten. Diese Liste ist so an die Schulen zu vermitteln, dass Entscheidungen nachvollziehbar sind.

Wir fordern kleine Grundschulbezirke, eine Erweiterung lehnen wir ab. Veränderungen sind transparent in ihrer Diskussion mit den Schullei-

ter_innen, den Elternvertretungen und den Ortsämtern durchzuführen. Das Gymnasium Gorbitz soll in Gorbitz bleiben. Es sollen alle Schulformen pro Schulbezirk existieren.

Wir fordern ebenfalls, dass in der Planung auf die Schulwegsicherheit eingegangen wird. In der bisherigen Schulnetzplanung fehlen völlig Aussagen zur Möglichkeit, mit dem Fahrrad zur Schule zu gelangen. Künftig muss der Fahrradverkehr einbezogen werden, denn durch die zunehmenden Kosten für die Schüler_innenbeförderung muss es auch eine Möglichkeit geben, mit dem Fahrrad sicher zur Schule zu gelangen.

Wir fordern außerdem, dass die Landeshauptstadt endlich das Thema Inklusion ernst nimmt und langfristig die bildungspolitische Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung in Sonderschulformen beendet. Dies ist aber mit einer Klassenstärke von 25 Schüler_innen, die immer häufiger in Dresden erreicht werden, nicht möglich. Für Schuljahreswiederholer_innen (aus gesundheitlichen oder Leistungsgründen) ist kein Platz mehr vorhanden. In jedem Grundschulbezirk muss es mindestens eine barrierefreie Grundschule geben, denn Inklusion beginnt auch im Grundschulalter, tatsächlich ist sie altersunabhängig umzusetzen. Umbauten, Erweiterungsbauten und Renovierungen sind so zu planen, dass die Schulen für Rollstühle befahrbar sind und entsprechende sanitäre Einrichtungen geplant werden. Bei der Errichtung von Neubauten und bei

1 Plan der Stadtverwaltung Dresden zur Infrastruktur der Schulen für 5 Jahre

Anbau müssen künftig mindestens drei kleinere Räume geplant werden, welche für förderpädagogische Maßnahmen geeignet sind.

Kurz: Wir können anders, weil wir mehr Geld in den Neubau und die Sanierung von Kitas und Schulen investieren wollen und Inklusion für uns nicht nur ein schönes Wort ist.

2. Für ein wirklich soziales Dresden mit allen Dresdner_innen

Auch in Dresden klafft die Lücke zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Dazu kommen Menschen, die größtenteils unverschuldet von jeglicher sozialer Teilhabe ausgeschlossen werden. Dies ist für uns ein unerträglicher Zustand.

Ein sozialeres Dresden muss allen hier lebenden Menschen unabhängig von Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Aufenthaltstitel, Lebens- und Erwerbssituation und sexueller Orientierung die volle Teilhabe am gesellschaftlichen Austausch ermöglichen.

Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor für Dresden

Es gibt Aufgaben und Arbeiten, die für die Gesellschaft wertvoll sind, jedoch bisher nicht bezahlt werden. Gleichzeitig werden mit der Unterhaltung von Jobcentern Unsummen für die Verwaltung von Erwerbslosigkeit ausgegeben. Deswegen setzen wir uns für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS)

ein, der es Langzeitarbeitslosen ermöglicht, wieder in das reguläre Erwerbsleben eingegliedert zu werden. Mögliche Tätigkeitsfelder sind z.B. die Begleitung und Freizeitgestaltung von Senior_innen oder die Unterstützung von Migrant_innen zur Inklusion in die Gesellschaft. Diese Jobs unterscheiden sich von der jetzigen Bürger_innenarbeit dadurch, dass sie tariflich entlohnt werden und freiwillig angenommen werden können, ohne dass man eine Kürzung des Hartz IV Regelsatzes zu befürchten hat. Generell halten wir Sanktionen für den falschen Weg und lehnen diese, ebenso wie Hartz IV in Gänze, ab. Wir sind für die Abschaffung des Niedriglohnssektors. Aus diesem Grund ist auch die Maßnahme der Bürger_innenarbeit kein Ersatz für einen regulären öffentlich finanzierten Arbeitsmarkt, der an einen Mindestlohn gekoppelt ist.

Doch eine Fixierung auf Erwerbsarbeit als alleinig sinnstiftendes Element im Leben eines Menschen lehnen wir ab. Wir sind der Meinung dass viele gesellschaftlich wichtige Tätigkeiten außerhalb der Erwerbsarbeit liegen, das ist z.B. die Pflege von Angehörigen und die Kinderbetreuung oder auch das politische und kulturelle Engagement. Wir streiten aus diesem Grund für ein bedingungsloses Grundeinkommen, welches in seiner Höhe die volle Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht. Ein bedingungsloses Grundeinkommen überlässt jeder/-m Einzelnen

die Entscheidung, ob sie/er sich am Erwerbsleben beteiligt oder ihre/seine Zeit mit anderen ihr/ihm sinnvoll erscheinenden Tätigkeiten füllt. So können gesellschaftlich wichtige Aufgaben, die keinen Profit abwerfen, freiwillig getätigt werden.

Städtische Wirtschaftsförderung muss Mindestlohn garantieren

Auf Bundesebene steht DIE LINKE für einen Mindestlohn von aktuell mindestens 10 Euro pro Stunde. Nur in dieser Höhe kann der Niedriglohnssektor wirksam bekämpft werden. Der Mindestlohn ist längst gesellschaftlicher Konsens und hat theoretisch eine politische Mehrheit.

Auch auf kommunaler Ebene kann durch gezielte Förderung auf einen Mindestlohn hingewirkt werden. Für Dresden fordern wir, dass städtische Aufträge nur an solche Unternehmen gehen, die Tariflohn, mindestens aber den Mindestlohn zahlen. Nicht das billigste Unternehmen bekommt den Auftrag, sondern dasjenige, welches seine Belegschaft gerecht bezahlt und gute Arbeitsbedingungen stellt.

Für ein Umdenken in der Flüchtlings- und Asylpolitik

Bislang geht die Stadtverwaltung Dresden in der Frage des Umgangs mit asylsuchenden Menschen ähnliche Wege wie überall in Sachsen: Wohnheime als Massenunterkünfte mit wenig Wohnraum für viele Menschen, sozial abgeschottet von an-

deren Bewohner_innen Dresdens. Zudem wurde über einen langen Zeitraum der eigentliche Bedarf nicht wahrgenommen und nun fehlen Plätze, die in kurzfristigen Maßnahmen bereitgestellt werden mussten.

Zudem werden jährlich auch aus Dresden Menschen trotz unsicherer Lage in ihren Heimatländern, trotz politischer Verfolgung die sie dort erwartet (hier vor allem Sinti und Roma) oder trotz hier gewachsener Vernetzungen und Familienstrukturen gegen ihren Willen abgeschoben. Der einzige begrüßenswerte Lichtblick ist die vom Stadtrat beschlossene Beteiligung an der *saveme*-Kampagne, bei der Menschen die im rechtsfreien Raum ohne Staatenzugehörigkeit gefangen sind, in Dresden aufgenommen werden.

Wir fordern ein Umdenken im Umgang mit allen Menschen, die in Dresden – aus welchen Gründen auch immer – Asyl suchen oder bekommen haben. Unser Ansatz ist dabei die Vorstellung einer inklusiven Gesellschaft². Deshalb fordern wir:

- die Möglichkeit der dezentralen Unterbringung für alle Geflüchteten und andere Aufenthaltstitel, so sie dies wollen.
- die Verbesserung der Wohnbedingungen für Geflüchtete und andere Aufenthaltstitel.

2 Gesellschaft, die andere Kulturen nicht nur toleriert, sondern als Bereicherung aufnimmt.

- ☛ einen sofortigen Stopp von Abschiebungen über Dresden oder von Dresden ausgehend.
- ☛ ausfinanzierte Sprachkurse für Asylsuchende, die so sie es möchten, unsere Sprache lernen können.

Außerdem muss sich die Stadt Dresden über ihre Einflussmöglichkeiten in Bundes- und Landespolitik für die Verbesserung der rechtlichen Situation von Asylsuchenden einsetzen. Wir lehnen sowohl die Residenzpflicht als auch das Arbeitsverbot für Geflüchtete und andere Aufenthaltstitel ab. Im Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund mit Aufenthaltstitel in Dresden leistet sich die Stadt sowohl die Institution eines Ausländerrates wie auch ein Integrationskonzept und einen Ausländerbeirat. Wirklich ernsthaft betrieben wird aber der Integrationsanspruch nur auf dem Papier. Ausländerbeirat und Ausländerrat haben keinen verbrieften Einfluss auf die sie betreffenden Fragen der Kommunalpolitik, dürfen maximal beratend dem Stadtrat zuarbeiten. Zudem ist kein schlüssiges Konzept in Sicht, wie die unterschiedlichen Interessen der Menschen mit Migrationshintergrund, die z.B. aus den Unterschieden ihrer kulturellen Herkunft entstehen, Berücksichtigung finden können. Wir fordern daher ein gänzlich neu erarbeitetes Handlungskonzept zur Inklusion von Menschen mit Migrationshintergrund in städtische Strukturen.

Für eine emanzipatorische und selbstbestimmte Drogenpolitik

Menschen berauschen sich. Aber sie tun es nicht, weil es vielleicht tödlich ist, sondern um eine bestimmte, meist erwünschte Wirkung zu erzielen. Daher setzt unsere Drogenpolitik auf Aufklärung statt Verbot.

Beim Thema Drogen standen die bisherigen Bundes-, Landes- und Stadtregierenden oft recht hilflos da und versteckten sich hinter einem pauschalen Verbot diverser Substanzen. Wir lehnen pauschale Verbote ab, weil sie weder hilfreich noch wirksam sind. Deshalb stehen wir auch bei diesem Thema für Selbstbestimmung und Aufklärung über alle relevanten Informationen, zum Beispiel über entsprechende Substanzen.

Findet heute eine echte Aufklärung statt? Weit gefehlt. Die Gesetzgeber verteufeln lieber. Alkohol und Zigaretten sind gesellschaftlich tolerierte und staatlich legitimierte Drogen.

Wenn Drogenberater_innen, Lehrer_innen, Eltern und Sozialarbeiter_innen davon sprechen, dass wir uns von Drogen fernhalten sollen, meinen sie jedoch meist illegalisierte Substanzen wie Cannabis oder Heroin und unterstützen damit den staatlich geforderten Doppelstandard gegenüber Rauschmitteln. Doch diese Auffassung von Drogen ist verkürzt. Statt pauschal zu verteufeln ist uns viel mehr daran gelegen zu prüfen, was die illegalisierten Stoffe mit den legalen Stoffen wie Koffein, Tabak, Alkohol, Arznei- und Heilmitteln ge-

meinsam haben. Unsere Stichworte sind hier eine ideologie- und vorurteilsfreie Aufklärung und Information, die die jetzige Drogenpolitik jedoch nicht erfüllt. Unsere Forderung lautet daher, genau dies zu ändern und z.B. kommunale Modellprojekte für eine „Rauschkunde“ an Schulen anzustreben.

Uns ist bewusst, dass Drogen – gleich welcher Art – zu Abhängigkeit führen können und damit zum Verlust von Selbstbestimmung. Wir wollen aber nicht, dass uns andere vorschreiben, was angeblich gut für uns ist. Wir wollen, dass die Menschen dies selber entscheiden können und über die Risiken ihres Handelns aufgeklärt sind. Dabei kann die Selbstbestimmung des Einzelnen nur so weit gehen, dass die Selbstbestimmung von anderen nicht eingeschränkt wird (z.B. durch Autofahren in alkoholisiertem Zustand bzw. unter Einfluss von Substanzen oder jemandem anderen ohne dessen Wissen Substanzen zu verabreichen). Denn nur eine informierte Gesellschaft kann selbstbewusst über den Einsatz und Konsum von Drogen entscheiden. Deshalb fordern wir eine umfassende Aufklärung und Information über die (Neben-)Wirkungen aller Drogen, zum Beispiel durch Erfahrungsberichte von Konsument_innen – sowohl positive als auch negative.

Wir wollen klarstellen, dass Sucht zwar eine Krankheit, aber keine ansteckende Krankheit ist, die au-

tomatisch durch den Konsum bestimmter Substanzen ausgelöst wird. Sucht von illegalisierten Substanzen hängt oft mit den Streckstoffen des Schwarzmarktes und damit einer direkten Folge der Kriminalisierung zusammen. Außerdem hat Sucht immer verschiedene Ursachen, bei denen sowohl die Gesellschaft als auch das persönliche Umfeld, sowie die Veranlagung süchtig zu werden und der psychische Zustand der Konsument_innen eine wesentliche Rolle spielen. Nur mit diesem Bewusstsein in der Gesellschaft sind eine schrittweise Legalisierung aller Substanzen und damit die Entkriminalisierung der Konsument_innen möglich.

Es ist Zeit für eine am Menschen orientierte, akzeptierende und freiwillige Suchtbehandlung und -beratung, die finanziell entsprechend ausgestaltet sein muss und eine realistische Aufklärung über Drogen beinhaltet, damit nicht noch mehr Menschen sterben. Als erste Schritte fordern wir deshalb Pillenwarnungen und Drug Checking-Angebote – eine Methode, bei der Konsument_innen illegalisierte Stoffe auf ihre Inhaltsstoffe und Reinheitsgrade überprüfen lassen können – und so vor giftigen Stoffen, erhöhter Suchtgefahr und Überdosierungen geschützt werden. Wir fordern flächendeckende Drug-Checking-Angebote, vor allem auch an Schulen und in Jugendfreizeittreffs. Neben diesem Drogenkontrollsystem sollten auch spezielle Drogenkonsumräume entstehen. Diese können

dazu beitragen, dass sich Menschen keine Blutvergiftung zuziehen oder sich untereinander mit Infektionskrankheiten wie Hepatitis oder HIV anstecken.

Um diese verschiedenen Maßnahmen zu finanzieren, schlagen wir eine individuelle Steuer auf jedes Rauschmittel vor – die allerdings nicht auf kommunaler Ebene eingeführt werden kann.

Die bisherige Hatz gegen Drogenkonsument_innen muss einer sachlichen und frühzeitig einsetzenden Aufklärung weichen. Wir halten es aber auch für falsch, eine Substanz ohne alle ihre Wirkungen zu nennen oder zu beschreiben und treten deshalb für eine umfassende Information über alle Drogen, sowie für ein Verbot von Werbung für Drogen ein. Wir wollen den selbstbestimmten Umgang mit Drogen ermöglichen und gesellschaftlich begleiten.

Kurz: Wir können anders, weil wir mehr Menschen eine für sie sinnvolle Tätigkeit ermöglichen und die Stadtverwaltung verpflichten wollen, Aufträge viel stärker nach sozialen Kriterien wie z.B. Mindestlohn zu vergeben. Wir können anders, weil wir allen in Dresden ein menschenwürdiges Leben bieten wollen und Selbstbestimmung über Repressionen setzen.

3. Antifaschismus als Grundpfeiler kommunaler Politik

Antifaschismus wird im Deutschland

des 21. Jahrhunderts allzu oft als rein linke Ideologie begriffen. Wir lehnen diese Klassifizierung ab. Antifaschismus – also die Ablehnung und Bekämpfung jeglicher faschistischer Ideologie – muss in unseren Augen Grundkonstante und Leitlinie jeglicher politischer Betätigung auf allen Ebenen gesellschaftlicher Organisation sein. Deshalb arbeiten wir auch in Dresden mit allen Partner_innen zusammen, die sich antifaschistisch engagieren, unabhängig von allen anderen politischen Unterschieden. Antifaschismus ist Handarbeit! - Engagement kommunaler Institutionen hilft.

Dresden hat ein Naziproblem! Diese Tatsache ist leicht zu belegen und das nicht nur am 13. Februar oder am 17. Juni. Dresden ist als sächsische Landeshauptstadt mitten im Zentrum eines Bundeslandes, in dem seit über zwei Jahrzehnten Strukturen der NPD und Freien Kameradschaften gezielt, ungestört und finanziell bestens ausgestattet aufgebaut werden konnten. Das Ergebnis sind ständig wiederkehrende Schlagzeilen über durch die Straßen gejagte oder verprügelte Migrant_innen und alternativ aussehende Menschen, Angriffe auf LINKE-Abgeordnetenbüros oder antisemitische und faschistische Graffiti.

Und jedes Mal ist die Reaktion der Stadtverwaltung, vertreten durch Oberbürgermeisterin Orosz, dieselbe: Kurze Empörung als Alibireakti-

on, damit etwas gesagt wurde. Allein das Bekenntnis, ein Problem zu haben, wäre schon ein erster, kleiner Schritt in die richtige Richtung. Nur bleibt genau dieser aus.

Deswegen setzen wir uns für folgende Punkte ein:

- ✚ Eine offene Analyse seitens der Stadtverwaltung zur Situation mit Nazis und ihren Strukturen in Dresden.
- ✚ Eine kritische Auseinandersetzung zur Verbreitung menschenverachtender Ideologien in der Mitte der Gesellschaft.
- ✚ Ein deutliches Bekenntnis zum antifaschistischen Grundkonsens und daraus abgeleitet die Beendigung jeglicher Distanzierung von antifaschistischen Bündnissen, Aktionen und Akteur_innen.
- ✚ Offensives Auftreten von Oberbürgermeister_in und Stadtverwaltung gegen alle Ideologien der Ungleichwertigkeit und ihrer Vertreter_innen.
- ✚ Abkehr von rein symbolischen Aktionsformen ohne tatsächlichen Wert in der Auseinandersetzung mit dem modernen Faschismus und die Unterstützung konkreter Handlungsansätze in der antifaschistischen Arbeit.

Gegen jeden Geschichtsrevisionismus und den Mythos der „unschuldigen Stadt“

Seit Jahren wird in Dresden der Mythos des „Stillen Gedenkens“ und

des Opfermythos der „unschuldigen Stadt“ von unterschiedlichen Kräften der Gesellschaft gepflegt.

Aber wem oder was soll hier eigentlich gedacht werden? Sogenannten unschuldigen deutschen „Kriegsopfern“?! Auch wenn der Mythos mehr und mehr in den Kontext der nationalsozialistischen Vergangenheit der Dresdner Bevölkerung gestellt wird, so fehlt doch weiterhin eine von der Stadtverwaltung initiierte kritische Aufarbeitung der Täterschaft und Schuld am Zweiten Weltkrieg, die auch von Dresden ausging. Die Dresdner Geschichte wird weiter von konservativen und faschistischen Kräften in der Gesellschaft verzerrt und Täter_innen werden als sogenannte Opfer dargestellt. Dies ist nicht nur eine grobe Verfälschung der Geschichte sondern reißt Ursache und Wirkung völlig auseinander. Dies ist auch ein Schlag ins Gesicht aller Opfer des Nationalsozialismus wie z.B. der in Dresden am Schlesischen Platz deportierten Jüd_innen, Kommunist_innen, Gewerkschafter_innen, Homosexuellen, Sozialdemokrat_innen, Sinti und Roma. Aufgebaut wurde der Mythos der „Opferstadt“ noch persönlich von Goebbels Propagandaministerium, weiter gepflegt im Kontext des Kalten Krieges von der SED und so unreflektiert nach der Wende bis heute von der CDU/FDP übernommen. Dies kritisieren wir mit aller Deutlichkeit und unterstützen solidarisch alle Aktionen, die sich mit einer ernsthaft-

ten Auseinandersetzung der Dresdner Geschichte beschäftigen wollen, wie z.B. dem Mahngang Täterspuren des Bündnisses „Dresden Nazifrei“. Gerade dieser hat gezeigt, dass ein kritischer, reflektierter Umgang mit der Stadtgeschichte möglich ist und von einer großen Zahl der Bürger_innen gewünscht wird.

Des Weiteren stellen wir fest, dass der Mythos Dresden einen nicht unerheblichen Anteil an der Anknüpfungsfähigkeit durch die Ideologie der Nazis hat und somit durchaus als eine Einladung an Faschist_innen verstanden werden kann, ihren geschichtsrevisionistischen „Trauermarsch“ jedes Jahr am und um den 13. Februar durch Dresden zu veranstalten. Durch die beständige Pflege des Mythos z.B. auf dem Heidefriedhof und das Wegschauen eines Großteils der Dresdner Stadtgesellschaft konnte sich der Naziaufmarsch erst zu Europas größtem Aufmarsch entwickeln. Dieser ist nur durch entschlossenes antifaschistisches Handeln des Bündnisses „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ - dessen Teil die Linksjugend Dresden von Beginn an war - Geschichte geworden. Mittlerweile haben wir eine Situation in der Oberbürgermeisterin, Versammlungsbehörde und Polizei einerseits versuchen sich an den Erfolg des Nazifrei-Bündnisses anzuhängen und andererseits zugunsten eines ruhigen 13. Februars Nazis an anderen Tagen Aufmärsche mit allen Mitteln ermöglichen. Gleichzeitig laufen

Repressionsverfahren gegen Blockierer_innen seitens der Dresdner Staatsanwaltschaft noch immer weiter oder werden sogar neu eröffnet. Die seit einigen Jahren sprichwörtlichen „Sächsischen Verhältnisse“ haben sich dementsprechend in Dresden nicht gewandelt – auch wenn der erste Anschein das glauben machen will – sie werden mittlerweile nur geschickter vor den Augen einer breiten Öffentlichkeit versteckt. Wirklich geändert aber hat sich nur wenig.

Wir als Linksjugend Dresden wollen uns für ein radikales Umdenken im Umgang mit dem Komplex 13. Februar und antifaschistischem Handeln in Dresden stark machen. Wir fordern die Abschaffung jeglicher Gedenkveranstaltungen und die Anerkennung des Bündnisses Dresden Nazifrei als erfolgreichem antifaschistischem Akteur seitens der Stadtverwaltung.

Kurz: Wir sind anders, weil wir Antifaschismus immer mitdenken und uns gegen Faschist_innen und Geschichtsrevisionist_innen engagieren, unbeeindruckt von staatlicher Repression und Kriminalisierung.

4. Freiräume schaffen für eine emanzipatorische Gesellschaft

Selbstbestimmung ist ein hohes Gut für uns. Aber Selbstbestimmung funktioniert nur, wenn Menschen auch der dafür nötige Raum, also ein Freiraum, zur Verfügung steht. Die bisherige Kommunalpolitik in

Dresden setzt aber gerade der freien, selbst bestimmten Entfaltung von Menschen immer wieder Grenzen. Diese Grenzen wollen wir überwinden.

Gentrifizierung und Stadtteilpolitik in Dresden – Oder: Eine Stadt für Alle!

Dresden ist eine wachsende Stadt. Im Gegensatz zu vielen anderen Teilen von Sachsen sind z.B. von 2000 bis 2011 23.000 neue Einwohner nach Dresden gezogen. Das Wohnungsangebot kann mit diesem Wachstum aber nicht Schritt halten. Deutlich wird das auch an der Zahl der Haushalte, die Wohnraum nachfragen (290.000, also 47.000 Haushalte mehr als im Jahr 2000). Jedes Jahr kommen über 3900 Haushalte mit leicht sinkender Tendenz dazu (z.B. durch Auszug aus dem Elternhaus). Das Angebot an neuen Wohnungen wuchs, auch bedingt durch Abriss, um sage und schreibe 71 Wohnungen und das meist im Eigenheimsektor (gerade für junge Menschen unerschwinglich). Daraus kann man leicht schließen, warum Wohnraum in Dresden nicht nur knapp, sondern auch teuer geworden ist. Prognosen für die Zukunft sehen ein weiteres Wachstum für Dresden mit einem Bedarf von etwa 1300 Wohnungen jährlich voraus. Unter den aktuellen Bedingungen ist zu befürchten, dass mit steigenden Preisen auch Investor_innen und Spekulant_innen zunehmend interessiert sind, in den Dresdner Wohnungsmarkt einzusteigen,

was vor allem zu massiv steigenden Neumieten und im Nachgang auch meist zu steigenden Bestandsmieten führt. Wohnen wird in Dresden immer teurer, wenn dieser Entwicklung nicht entgegen gesteuert wird! Solange es noch genug Nachfrage nach teuren sanierten oder neu gebauten Wohnraum gibt, so lange wird man als arme_r Mieter_in in Dresden keine Chance haben eine bezahlbare Wohnung zu finden. In anderen Städten lässt sich gut beobachten, wohin dies führen kann. Die angestammten Anwohner_innen eines Stadtteils, besonders in Zentrumsnähe, können sich die steigenden Mieten irgendwann nicht mehr leisten und werden „freiwillig“ oder durch Zwangsräumungen in die Obdachlosigkeit geschickt oder an den Stadtrand und/oder unattraktivere Stadtteile verdrängt (Gentrifizierung).

Zur Gegensteuerung bedarf es neben mehr Geld z.B. von Landesebene für den sozialen Wohnungsbau auch einer Neusteuerung der aktuellen Fördermittelpolitik. Momentan gibt es Wohnraumfördermittel nur für

- a) Wohneigentumsförderung,
- b) Generationenwohnen und
- c) Energetische Sanierung und Modernisierung.

Bis auf b), was durch Dresdner Haushalte kaum nachgefragt wird, tragen alle anderen Fördermittel nicht zu stabilen oder sinkenden Mieten bei. Besonders a) führt durch Wohnraumverknappung bei Mietflächen noch eher zu steigenden Mieten. Auf lange Sicht kann Dresden nur noch

eine Stadt für Reiche sein, wenn dieser Entwicklung nicht entgegen gesteuert wird. Durch den Verkauf der WoBa (kommunale Wohnungsbaugenossenschaft) hat sich die Kommune Dresden auch jede Möglichkeit genommen auf den Mietspiegel direkt Einfluss zu nehmen. Denn nur eine Kommune, die im Besitz wesentlicher Wohneinheiten ist, kann regulierend auf den Mietspiegel Einfluss nehmen (z.B. durch das Angebot günstiger Mieten in Zentrumsnähe). Daher fordern wir einen Rückkauf/Neubau wesentlicher Wohneinheiten, die im Besitz der Kommune Dresden sind und bleiben, um auf den Mietspiegel wieder Einfluss nehmen zu können und allen Menschen, die in Dresden leben wollen, egal ob arm oder reich, eine angemessene Wohnmöglichkeit bieten zu können.

Außerdem gehört in jeden Stadtteil die Möglichkeit, die eigene Freizeit so gestalten zu können, dass man nicht immer dazu gezwungen ist Geld auszugeben. Neben schönen öffentlichen Grünflächen und Freizeitangeboten (vom Basketballplatz bis zur Tischtennisplatte und dem entsprechend gut ausgestatteten Spielplatz), gehören auch Kinder- und Jugendhäuser, Proberäume, Freiflächen für Künstler_innen, Straßensozialarbeit u.a. dazu. Neben einem guten und erschwinglichen ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr) macht genau das einen lebenswerten Stadtteil für alle aus. Aus linker Sicht verbietet es sich in der Jugend(sozial)arbeit

zu sparen, denn soziale Arbeit ist wie Zähne putzen: Lässt man's weg, wird's braun.

Zivilcourage statt Überwachung des öffentlichen Raums

Das Standardargument für Videoüberwachung ist eine vermeintlich erhöhte Sicherheit durch Abschreckung. Doch wie viel Sicherheit bringen Kameras wirklich?

In der Tat hat eine ausgedehnte Videoüberwachung weder in Metropolen wie London noch in ländlichen Gebieten zu einem deutlichen Rückgang der Kriminalität geführt. Dies ist nicht überraschend, denn auch eine Kamera kann keine spontanen Gesetzesverstöße (ob nun Vandalismus oder Gewaltdelikte) verhindern. Auf der anderen Seite werden organisierte Verbrechen nur an andere Orte verlagert oder entsprechend angepasst. Bürger_innen mögen sich durch Videoüberwachung bestenfalls sicherer fühlen – sicherer leben sie deshalb aber nicht. Kameras halten niemanden von Verbrechen ab. Was sie höchstens erreichen könnten ist eine erhöhte Aufklärungsquote. Dies ist aber ebenfalls kein Grund für ein höheres Gefühl der Sicherheit, denn zum Zeitpunkt der Aufklärung ist das Verbrechen ja bereits geschehen und somit nicht verhindert worden. Diesem diffusen Sicherheitsgefühl steht dafür eine sehr reale Gefahr des Missbrauchs der Überwachung durch Erstellung von Bewegungsprofilen etc. gegenüber. Die Gewöhnung der

Bürger_innen an die bereits bestehende Videoüberwachung macht sogar eine stille Ausweitung derselben möglich. Der oft angeführte Abschreckungseffekt ist durch die Gewöhnung der potentiellen Kriminellen wirkungslos.

Ein wirklich linkes Ziel in Fragen der öffentlichen Sicherheit ist dagegen eine Steigerung der Zivilcourage. In diesem Sinne ist Videoüberwachung sogar kontraproduktiv, da sie den Bürger_innen das Verantwortungsgefühl für ihre Mitmenschen nehmen und durch blindes Vertrauen auf eine übergeordnete Instanz ersetzen kann.

Wir sind daher der Meinung, dass eine bestenfalls trügerische Sicherheit durch Videoüberwachung die Nachteile und die Gefahr des Missbrauchs nicht wert ist. Die Linksjugend Dresden setzt sich gegen eine Ausweitung und für einen Abbau bestehender Videoüberwachung ein. Kameras haben auf öffentlichen Plätzen nichts verloren. Kameras in Bussen und Bahnen der DVB können bleiben, sofern sie der Verkehrssicherheit der Fahrgäste dienen und keine Videoaufzeichnung stattfindet.

Urbane Freiräume

Unter urbanen Freiräumen verstehen wir Alternativen zur Einheitskultur des vorherrschenden Mainstreams. Sie sollen eben diesen aufbrechen und Platz für Alternativen im Zusammenleben der Menschen innerhalb

urbaner, also städtischer Strukturen ermöglichen.

Freiräume sind lokale Strukturen in denen es möglich sein soll, sich gegen das System der kurzfristigen Profitsteigerung zu stellen. Dies fördert eine Gleichberechtigung im Handeln der Menschen miteinander, ohne die Voraussetzung eines bestimmten Lebensstandards, Einkommens oder Auftretens. Da sich urbane Freiräume der herrschenden Leitkultur entziehen, entziehen sie sich auch dem ansteigendem Leistungsdruck dem ein Mensch heutzutage ausgesetzt ist, um in der Gesellschaft Schritt halten zu können. Sie können Rückzugs- oder Ruheräume sein.

Urbane Freiräume können die Eigeninitiative und Bewusstseinsentwicklung fördern. Menschen die sich am Freiraum beteiligen sind schlechte Konsumenten aus Sicht der kapitalistischen Wirtschaft. Er durchschaut die Selbstdefinition durch Marken und Besitzstand. Um dies zu ermöglichen ist es nötig, die Bereitstellung, Unterstützung und Mitfinanzierung von Freiräumen als notwendigem Bestandteil einer funktionierenden Gesellschaft politisch anzustreben. Als potenzielle Nutzungsmöglichkeiten von urbanen Freiräumen in Dresden schlagen wir vor:

Im Bereich der (bildenden) Kunst und Kultur:

- Ateliers zum Zeichnen, Modellieren, Bildhauerei etc.

- ✚ Tonstudios zur Aufnahme von Musik, Hörspielen oder dem Betreiben eines Radioprogramms
- ✚ Proberäume für Bands

Im Bereich des freien Wohnraums und der Nutzung von Freiflächen:

- ✚ selbstverwaltete Wohnprojekte
- ✚ Reparaturwerkstätten
- ✚ Tauschbörsen
- ✚ Gartenprojekte (siehe urban gardening)
- ✚ Veranstaltungen verschiedener Art

Politisches Engagement:

- ✚ Projekte gegen diskriminierende, rassistische Bewegungen/Zustände in der Gesellschaft
- ✚ Bildungsprojekte für kritische Meinungsbildung

Petunie war gestern - Obst und Gemüse für alle!

Mitte bis Ende der 1990er Jahre entstand in den Armutsvierteln von New York eine neue Idee: Getrieben von der überhand nehmenden Verschmutzung ihrer Stadtteile und von Hunger, Kriminalität und Armut worunter viele litten, besetzten die Bewohner der Stadtteile einige Brachflächen und machten diese für sich nutzbar. Sie bauten Nutzpflanzen wie Tomaten, Mais, Erdbeeren an und pflanzten Kirsch-, Pflaumen- oder Birnenbäume.

Das Prinzip des urban gardenings ist, wenn auch in veränderter Form, mittlerweile in Deutschland angekommen. Mehrere deutsche Städte haben

Pilotprojekte gestartet, bei denen entweder über einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, wie beispielsweise in Berlin, oder aber durch Ein-Euro-Jobs zentrumsnah angelegt und bewirtschaftet werden. Da das Prinzip des urban gardenings jedoch relativ arbeitsintensiv und anstrengend ist, ist daher auf eine strikte arbeitnehmer_innenfreundliche Ausgestaltung zu achten.

Die Ersetzung einer Brachfläche durch eine andere dient niemandem. Wir wollen dieses Prinzip unter oben genannter Maßgabe nach Dresden holen. Daher werden wir in unserer Stadt nach besonders geeigneten Standorten, insbesondere in Zentrumsnähe, suchen und dort ein solches Pilotprojekt starten und zusätzliche Flächen zur freien Bewirtschaftung bereitstellen, um zu untersuchen ob und inwiefern sich die Nutzen des Prinzips urban gardening auf unsere Stadt und deren Bürgerschaft übertragen lassen.

Kurz: Wir können anders, weil wir Gentrifizierung wirksam entgegen treten wollen und uns für Freiräume und deren selbst bestimmte Nutzung einsetzen werden.

5. Mobilität für eine Jugend in Bewegung

Mobilität für alle - für einen steuerfinanzierten öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)

Grundlegende Bedürfnisse des Menschen müssen jedem gewährleistet werden und dürfen nicht vom jewei-

ligen Geldbeutel abhängen. Dazu gehört für uns auch ein Recht auf Mobilität. Nur wer mobil ist kann voll am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, sei es durch die Nutzung der Bibliothek oder den Clubbesuch am Wochenende. Das gilt im besonderen Maße für junge Menschen, die bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres vom motorisierten Individualverkehr ausgeschlossen und somit für längere Strecken und bei schlechten Witterungsbedingungen auf den ÖPNV angewiesen sind, wenn sie nicht von ihren Eltern abhängig sein wollen. Ihnen ein selbstbestimmtes Leben und gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben der Stadtgesellschaft zu ermöglichen ist Grundanliegen unserer Politik. Um Mobilität für alle zu gewährleisten fordern wir einen steuerfinanzierten öffentlichen Personennahverkehr. Wir wollen damit den Menschen in unserer Stadt neue Perspektiven eröffnen und sie dabei unterstützen, unsere Stadt auf ökologischem Weg zu entdecken. Dabei ist für die Nutzung des ÖPNV kein Entgelt mehr erforderlich, stattdessen finanziert sich dieser über Steuern und wird somit gemeinschaftlich getragen.

Die entstehenden Kosten sollen durch eine geringe steuerliche Abgabe aller Einwohner_innen, Tourist_innen und ansässigen Unternehmen getragen werden. Damit gehen wir auch einen Schritt hin zu einer inklusiven Gesellschaft, auch weil der ÖPNV in Dresden die barri-

erfreiste Fortbewegungsmöglichkeit ist. Dieses Modell ist nicht neu, wird in der belgischen Stadt Hasselt erfolgreich praktiziert, wurde im Januar 2013 in der estnischen Hauptstadt Tallinn eingeführt und in den brandenburgischen Städten Templin und Lübben ebenfalls getestet. Ein gemeinschaftlich finanzierter ÖPNV muss so ausgestaltet werden, dass möglichst viele Menschen vom Auto zum ÖPNV umsteigen und somit der Individualverkehr in der Stadt zurückgedrängt wird.

Damit leistet ein steuerfinanzierter ÖPNV einen erheblichen Beitrag zum Klimaschutz, verringert die Emissionsbelastungen in der Stadt, entlastet die Infrastruktur, trägt zur gleichberechtigten Teilhabe aller am demokratischen Leben bei und eröffnet ganz nebenbei die Möglichkeit, bereits durch Parkplätze versiegelte Flächen wieder zu begrünen.

Kurz: Wir können anders, weil wir mit dem steuerfinanzierten ÖPNV allen Menschen mehr Mobilität ermöglichen wollen.

6. Ein Stück vom Kuchen für jede_n - Gemeingüter stärken

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft, auch hier in Dresden. Es geht darum, jedem Menschen die Teilhabe an der Gesellschaft in gleichem Umfang zu ermöglichen. Dafür ist es wichtig, dass alle den gleichen Zugang zu den Dingen haben, die für

ein menschenwürdiges Leben im 21. Jahrhundert unerlässlich sind. Diese Dinge betrachten wir als Gemeingüter.

Für eine Stärkung der Gemeingüter

Gemeingüter sind Güter, die einer Gemeinschaft gehören. Das kann eine Kommune sein oder die Weltgemeinschaft. Im Gegensatz zum Privateigentum ist dabei niemand vom Gebrauch ausgeschlossen. Gemeingüter wie Wasser oder Luft werden von der Natur bereitgestellt, Wissen und Sprache als kulturelle Gemeingüter werden weitergegeben. In den Städten gibt es Parks und öffentliche Gärten, im digitalen Raum kennen wir die Wikipedia als gemein zugängliche Enzyklopädie, quelloffene Software und Inhalte unter freien Lizenzen wie der Creative Commons.

Wir stehen für die Stärkung der Gemeingüter und den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dazu gehören Mobilität, Energie, Einkommen, Wissen und Internet. Der Zugang soll allen diskriminierungsfrei angeboten werden. Aus diesem Grund streiten wir für einen steuerfinanzierten öffentlichen Personennahverkehr, für Energiebetriebe in öffentlicher Hand, für ein bedingungsloses Grundeinkommen, für Open Access³ und ein Grundrecht auf ein freies Netz. Öffentliches Eigentum ist ein wichtiges Instrument für die Daseinsvorsorge der Menschen. Wir wenden uns ge-

gen jegliche offene oder verdeckte Enteignung der Bürger_innen durch Privatisierung und stellen dieser eine Politik des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalts entgegen.

Netz für alle - kostenloses WLAN ausbauen

Der Breitbandausbau in Sachsen liegt nach wie vor im Bundestrend zurück.

Auch hier in Dresden gibt es Gebiete wie Sriesen, denen der Zugang zu schnellem Internet bislang verwehrt bleibt. Wir fordern die öffentliche Förderung von Freifunk-Initiativen wie DDmesh, die zum Ziel haben, ein offenes WLAN-Netz auszubauen. Das Internet muss als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen werden, da das Internet in einer modernen Welt wichtiger Bestandteil der Informationsbeschaffung und zur politischen Meinungsbildung und Mitbestimmung wichtig ist. Freifunknetze müssen kostenlos sein und damit auch sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten die Teilnahme am Netz ermöglichen. Die Stadtverwaltung selbst sollte dabei mit gutem Beispiel voran gehen und ihre WLAN-Netze öffentlich zugänglich machen.

Kurz: Wir sind anders, weil für uns jede_r einen diskriminierungsfreien Zugang zu Gütern der Daseinsvorsorge haben muss und weil der Zugang zum Internet eben genau dazu gehört.

3 Freier Zugang zu Wissen im Internet und anderen Medien

7. Fleischlos glücklich?! Vegetarische Ernährung

Noch immer werden die Themen Tierschutz und Tierrecht, auch in der Politik, stark marginalisiert. Dabei müssen die Menschen weder Vegetarier_in noch Veganer_in sein um zu erkennen, dass beim Umgang mit nichtmenschlichen Tieren in unserer Gesellschaft einiges gründlich verkehrt läuft. Zum einen werden fühlenden Lebewesen physisches und psychisches Leid zugefügt, sei es durch Einsperrung in Käfigen, Verstümmelungen, Schlachtung, Isolierung von Artgenossen oder Arbeitszwang. Dazu kommen in vielen anderen Bereichen (Kosmetik-, Tabak- und Pharmaindustrie) Tierversuche vor.

Die Erkenntnis, dass Tiere Leid empfinden können, steht im Widerspruch zu deren Behandlung als Waren. Zum anderen benötigt die Produktion von Lebensmitteln aus tierischer Herkunft viel mehr Ressourcen (Land, Wasser, Strom, Futtermittel, Benzin) und verursacht mehr Umweltschäden (Treibhausgase, Antibiotika in Wasser und Lebensmitteln) als die Produktion pflanzlicher Lebensmittel.

Nun geht es uns nicht darum Menschen zu zwingen, vegan zu werden, sondern darum, den persönlichen Konsum zu hinterfragen und damit Vorurteile gegenüber veganer Ernährung abzubauen. Eine Möglichkeit ist, generell die vegetarischen und vega-

nen Angebote zu erhöhen, um allen gleiche Auswahlmöglichkeiten zu schaffen. Auch Vegetarier_innen und Veganer_innen freuen sich darüber, wenn sie sich einmal aussuchen können, was sie essen wollen und nicht auf das einzige vegetarische oder vegane Gericht auf der Speisekarte angewiesen sind. Wir fordern daher ein größeres Angebot an vegetarischen und veganen Gerichten. Dafür muss das zuständige Personal hinreichend geschult werden, damit vegane Bratlinge nicht in Butter angebraten und als vegan verkauft werden. Außerdem ist eine Quersubventionierung von vegetarischen und veganen Speisen durch erhöhte Preise bei fleischhaltigen Speisen notwendig um diese attraktiver zu gestalten.

Weiterhin fordern wir die Einbeziehung von regionalen, fair gehandelten und biologischen Produkten. Dies gilt sowohl für Kantinen als auch für jegliche Form von Verkaufsautomaten in öffentlichen Einrichtungen.

Kurz: Wir sind anders, weil wir für eine Förderung von veganen und vegetarischen Gerichten auch in Dresden einsetzen.

8. Mehr Demokratie, aber wie? - Für eine Demokratisierung Dresdens

Die Forderung nach dem Erhalt oder dem Ausbau demokratischer Rechte hört man immer wieder von verschiedensten Seiten des politischen Spektrums. Wenn es dann aber um

die tatsächliche Beteiligung aller Menschen an demokratischen Entscheidungsprozessen geht, kommt genauso schnell nur noch heiße Luft. Wir wollen eine echte Stärkung der demokratischen Mitentscheidungsrechte für alle Menschen, unabhängig von Alter, Staatszugehörigkeit und Geldbeutel.

Mitbestimmungsmöglichkeiten für Dresdner_innen – Open Data⁴ und Bürgerhaushalt

Das Internet wird schon längst nicht mehr allein zur Information genutzt, Menschen beteiligen sich aktiv an Diskussionen, vernetzen sich, starten Kampagnen und rufen zu Aktionen im Netz auf. Diese Entwicklung begrüßen wir ausdrücklich. Dennoch fehlt für Dresden eine Plattform, auf der sich alle Menschen umfassend über die Kommunalpolitik informieren und sich selbst gleichzeitig aktiv einbringen können. Wir wollen weg von einer allein auf das Informieren ausgerichteten Lokalpolitik hin zu einer wirklichen Teilhabe aller Menschen am politischen Geschehen. Wie für Frankfurt/Main mit frankfurt-gestalten.de schon umgesetzt, fordern wir auch für Dresden eine Beteiligungsplattform im Netz. Diese soll mit lokal basierten Informationen umfassend über die Aktivitäten der Ortsbeiräte informieren und Bürger_innen die Möglichkeit bieten, kommunalpolitische Initia-

tiven zu starten und nach Gleichgesinnten zu suchen. Hierfür bedarf es einer Öffnung der Verwaltung und Freigabe von Daten und Informationen im digitalen Format nach dem Prinzip Open Data, veröffentlicht unter einer freien Lizenz auf einer Informationsplattform, sodass es Initiativen ermöglicht wird, diese Daten aufzubereiten und weiter zu verwenden. Außerdem bedarf es der Einsicht unserer Stadträt_innen, dass so eine Plattform das Vertrauen in die Politik erhöht und bürger_innennahe Politik somit möglich wird.

Des Weiteren fordern wir für Dresden einen Bürger_innenhaushalt, wie es ihn in vielen Kommunen, z.B. Bonn, Stuttgart oder Trier bereits gibt. Ein Bürger_innenhaushalt ermöglicht es den Dresdner_innen, in die städtische Finanzplanung mit einbezogen zu werden und Vorschläge zu entwickeln, wo es Einsparpotential gibt und wie die Gelder verwendet werden können. Auf einer Webseite soll der Haushaltsplan dargestellt und den Bürger_innen die Möglichkeit gegeben werden, selbst Vorschläge einzubringen und die Ideen anderer zu bewerten und zu kommentieren. Ein solches Projekt stärkt die Identifikation der Bevölkerung mit ihrer Stadt und die Entwicklung einer mündigen Zivilgesellschaft.

Für eine offene und transparente Verwaltung

Seit dem 01.01.2006 gibt es auf Bundesebene ein Informationsfreiheits-

4 Open Data bedeutet die freie Verfügbar- und Nutzbarkeit von öffentlichen Daten.

gesetz. Bürger_innen können z.B. über die Plattform fragdenstaat.de Auskünfte über Zahlen und Fakten der Bundesbehörden erlangen. Allerdings gilt die damit geregelte Auskunftspflicht nur für die Behörden des Bundes, nicht für die der Länder und Kommunen. Jedoch gibt es mittlerweile in 11 der 16 Bundesländer eigene Informationsfreiheitsgesetze, die die Auskunft über die jeweiligen Informationen des Landes ermöglichen. Das ist gut, aber nicht genug: Wir fordern für Sachsen ein Transparenzgesetz, so wie es von der Initiative „Transparenz schafft Vertrauen“ in Hamburg ausgearbeitet wurde. Damit gäbe es die Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung, die auch die Stadt Dresden zwingen würde, transparent für die Dresdner Bevölkerung zu arbeiten.

Auch hier in Dresden fallen Unmengen an Informationen - z.B. Verwaltungsdaten, Broschüren - an und alles wird von Steuergeldern bezahlt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Daten und Inhalte auch für jede_n weiterverwendbar sein müssen, sofern sie nicht schützenswerten Interessen unterliegen, wie es bei personenbezogenen Daten der Fall ist. Open Data und Open Government sind hier das Stichwort. Jegliches Tun unserer Politiker_innen und der Verwaltung muss öffentlich zugänglich und für Bürger_innen nachvollziehbar sein.

Aus diesem Grund fordern wir, dass

die Stadt Dresden sämtliche nicht schützenswerte Daten und Informationen auf einer zentralen Informationsplattform digital und unter einer freien Lizenz zur Verfügung stellt.

Das Jugendkommunalwahlprogramm entstand durch die Arbeit der Redaktionsgruppe und durch Teilnahme des Koordinierungskreises von 2013 bis zur Abstimmung zum Stadtjugendplenum am 25. März 2014. Linksjugendliche und Sympathisant_innen konnten in Diskussionen und Änderungsanträgen Einfluss auf die nun vorliegende Fassung nehmen.

Wir möchten uns bei allen, die sich auf irgendeine Art und Weise, an der Erstellung, Diskussion und Überarbeitung des Programms beteiligt haben, bedanken!

www.linksjugend-dresden.de
[info\(at\)linksjugend-dresden.de](mailto:info(at)linksjugend-dresden.de)
twitter.com/linksjugend_DD
facebook.com/linksjugenddresden



Titelbild: Zeitfixierer
Titelbildlizenz: CC BY-SA 2.0
Programmtext: Linksjugend ['solid] Dresden
Layout: Anton H.

1. Korrektur: Kokreis, Redaktionsgruppe
2. Korrektur: Anja K.
3. Korrektur: Stefan R.

V.i.S.d.P.:
Giana Großherz
Linksjugend ['solid] Dresden | Martin-Luther-
Str. 21 | 01099 Dresden